

Erscheint  
wöchentlich 2 Mal  
(Dienstag und Freitag)  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark.  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

# Wochenblatt

Erscheint  
wöchentlich 2 Mal  
(Dienstag und Freitag)  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark.  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

für  
**Wilsdruff, Tharandt,**

**Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.**

**Amtsblatt**

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Weissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

**Wierzigster Jahrgang.**

**Nr. 29.**

**Dienstag, den 6. April**

**1880.**

In hier anhängigen Privatklagen des Riemer und Hausbesizers Ferdinand Louis Döring in Wilsdruff wider den Redacteur Heinrich Adolf Berger daselbst, ist der Privatangeklagte p. Berger wegen öffentlicher Beleidigung des Privatklägers — verübt durch das in Nr. 97 des Wochenblatts für Wilsdruff pp. vom Jahre 1879 auf der letzten Seite ersichtliche, mit den Worten: „Es muß weit mit Wilsdruff gekommen sein pp.“ beginnende und mit: „Ein geheimer Anhänger Dörings“ unterschriebene Inserat — auf Grund der §§ 185, 200 des R. Strafgesetzbuches und § 20 des Preßgesetzes zu einer Geldstrafe von Fünf und Zwanzig Mark — und Tragung der Kosten des Verfahrens rechtskräftig verurtheilt worden.

Solches wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

**Königl. Amtsgericht Wilsdruff, am 1. April 1880.**

**Dr. Gangloff.**

## Tagesgeschichte.

Am 6. April beginnt in der Reichshauptstadt wiederum die Thätigkeit des Reichstags, dem die Lösung hochwichtiger Fragen noch obliegt. Sofort in den ersten Sitzungen wird sich unser Parlament mit den neuen Militärvorlagen und bald darauf mit den kaum weniger wichtigen Finanz- und Steuerfragen zu beschäftigen haben. — In Regierungskreisen giebt man sich, wie der Correspondent der „Magd. Ztg.“ wissen will, keineswegs Illusionen bezüglich der Annahme der Steuervorlagen durch den Reichstag hin, ja, es gewinnt fast den Anschein, als ob man sich mit einiger Resignation auf die Zurückweisung der jetzigen Steuerprojekte gefaßt macht, um dadurch neue Handhaben für das Tabaksmonopol zu erlangen. Es scheint in der Absicht zu liegen, dem Reichstage bei Gelegenheit der Steuerdebatten daraus kein Hehl zu machen. Selbstverständlich würde eine Resultatlosigkeit der jetzigen Steuervorlagen erheblich dazu beitragen, die Session abzukürzen. Die Reichsregierung hat bezüglich ihrer Pläne mit dem Tabaksmonopol eine Hauptstütze in der württembergischen Regierung. In gleichem Maße, wie die Regierung auf die Zustimmung der Einzelstaaten zu dem Tabaksmonopol rechnen kann, wachsen die Aussichten, die Idee des Tabaksmonopols schon in einer Herbstsession des Reichstages zum Austrag (?) zu bringen.

Das drohende Tabaksmonopol hat den Verein deutscher Tabakfabrikanten und Händler veranlaßt, zu einer Besprechung über die Situation, in welcher sich gegenwärtig die deutsche Tabakindustrie befindet und über die Mittel, welche zur Abwendung etwa drohender Gefahren zu ergreifen sind, die Vorstandsmitglieder auf Montag, den 12. d. M., zu einer Sitzung nach Braunschweig zu berufen. Es werden den Mitgliedern des Vorstandes in diesen Tagen die Einladungen zu dieser Sitzung zugehen und steht zu erwarten, daß kein Mitglied bei der Berathung fehlen wird. — Im Uebrigen sollte der Reichstag selbst doch endlich der Rolle müde sein, stets im Dunkeln zu tappen. Eine Interpellation, wie es denn eigentlich mit den Monopolplänen steht, würde sofort Klarheit in die Sache bringen, da nicht anzunehmen ist, die Reichsregierung werde einer direkten Anfrage aus der Mitte des Hauses ausweichen und die bezügliche Erklärung verweigern. Andererseits aber würde eine solche Interpellation auch dazu beitragen, die Stellung der Parteien im Reichstage zu dieser Frage klar zu stellen, was auch dem Herrn Reichstanzler nur genehm sein kann, denn an eine Einbringung einer solchen Vorlage an den Reichstag ist so lange nicht zu denken, als derselben nicht von vorne herein die Majorität gesichert ist.

Die Nachrichten, welche das Befinden des Fürsten Bismarck in der letzten Zeit als besonders gut schilderten, erweisen sich, wie der „Magd. Ztg.“ geschrieben wird, leider als nicht ganz zutreffend. Der Fürst ist seit den letzten Tagen durchaus nicht in erwünschtem Wohlbefinden. Er hat deshalb die Reise nach Friedrichsruhe aufgeben müssen und wird nunmehr bis zum Eintreffen des Fürsten Hohenlohe, welchem in 14 Tagen bis längstens drei Wochen entgegen gesehen wird, jedenfalls in Berlin verbleiben.

Die Jesuiten in Frankreich sind keine Lämmer. Wer unseren Orden aufhebt, erklären sie in den Zeitungen, dem graben wir das Grab. Geht die Republik gegen uns vor, so werden wir und die Mönche es sein, welche die Sterbelieder auf dem Grabe der Republik singen. Jetzt schon rufen 30 Millionen Franzosen: „Sire, befehlen Sie uns!“ Ist denn dieser Sire, den die geistlichen Herren anrufen, Prinz Napoleon? (Es giebt in Frankreich 1480 Jesuiten, die sich so nennen, mit 46 Missionshäusern, Noviziaten und vielen Schulen.)

Die Unkosten bei den in den letzten Tagen stattgefundenen Parlamentswahlen in England sind außerordentlich groß, wiewohl sie immerhin noch in keinem Verhältnis stehen zu den enormen Summen, welche einzelne Wahlen in früheren Zeiten verschlangen. In den Londoner Bezirken allein werden sich die Wahlauslagen immerhin auf 1500—2000 Pfd. Sterl. für den einzelnen Kandidaten belaufen, denn 1000—1500 Pfd. Sterl. werden allein die mit den Wahlangelagen noch betrauten Beamten in Rechnung stellen. Dazu kommen dann noch Auslagen für Plakate, Porto, Boten und namentlich für Wagenmiete. Da jeder Kandidat ein Paar hundert Wagen nöthig haben wird, um die Wähler zu den Abstimmungslokalen zu befördern und eine Droschke kaum unter 4 Pfd. Sterl. pro Tag zu haben sein wird, läßt sich denken, daß er hierfür auch noch etwa 1000 Pfd. Sterling in Aufschlag bringen muß. Die Kandidaten in der City von London haben übrigens zur Ermäßigung der Kosten den weisen Beschluß ge-

faßt, die vielen dort zu Plakaten offen stehenden Bauzäune und sonstigen großen Flächen unbenutzt zu lassen. In den übrigen Theilen der Hauptstadt aber sind alle nur irgend für Geld und gute Worte feilen Stellen, die für Plakate geeignet sind, damit über und über bedeckt und sogar die Fronten ganzer Häuser damit von oben bis unten tapeziert.

Die Gerüchte, welche von der Einführung einer Art „russischen Parlaments“ zu erzählen wissen, wollen gar kein Ende nehmen. Jetzt kommt auch eine seit kurzer Zeit in Petersburg erscheinende deutsch-russische Correspondenz, welche von zuverlässiger Seite erfahren haben will, daß der Präsident des russischen Ministercomitès, Graf Walujew, am 28. März dem Kaiser das Project der „Rathgebenden Versammlung“ — Sowieschtsatelnoje Sobranje — vorgelegt habe. Die Abgeordneten von Seiten des Zemstwo, der Städte, des Adels und der Geistlichkeit in Petersburg hätten unter dem Voritze des Präsidenten des Ministercomitès zu tagen und über Angelegenheiten zu berathen, die jene vier Ressorts betreffen, so daß in den Staatsrath und das Ministercomitee alle Reichsangelegenheiten mit dem Beschlusse der „Rathgebenden Versammlung“ gebracht würden. Die Zahl der Abgeordneten würde je vier aus jedem Gouvernement sein. Alle Angelegenheiten aus den Ministerien und den Comitès würden der „Rathgebenden Versammlung“ vorgelegt. Sibirien, der Kaukasus, Polen und Finnland sollten auch ihrerseits Abgeordnete senden. Das Manifest soll am 17. April oder am 25. August publizirt werden. Das wäre, wenn auch nicht viel, so doch schon immerhin etwas. Indes die Postschaff hören wir wohl, allein uns fehlt der Glaube.

Mons, 1. April. In einer Kohlengrube in Anderlues fand in der vergangenen Nacht eine Entzündung schlagender Wetter statt. Die Zahl der dadurch Verunglückten ist noch nicht bekannt. Beschäftigt waren in der Grube 150 Mann. Bis jetzt sind 30 Leichen zu Tage gefördert.

## Waterländisches.

— Dem der „Sächs. Schulzeitung“ entnommenen Aussätze „Hinke für die Eltern der Neu-Confirmirten“ in Nr. 24 d. B. lassen wir heute „Bruchstücke aus einer neulich gehaltenen Rede des Directors der Gewerbeschule in Dresden“ folgen, welche die jetzt sehr häufig vorkommenden Fehler in der Erziehung des künftigen Geschlechts betreffen. — „Alle Eltern möchten ihre Kinder glücklich sehen, fangen es aber oft verkehrt an und meist sind es die Eltern, welche sich durch eignen Fleiß, Thakraft, wenn auch unter Sorgen, aus ärmlichen Verhältnissen zu einem gewissen Wohlstande empor gearbeitet haben. Da will die Mutter nicht, daß ihre Tochter sich ebenso plage, wie sie selbst es hat thun müssen. Die Mutter steht als Erste im Hause auf, weckt das Gesinde, besorgt die Morgenarbeit und ruft die herangewachsene Tochter erst dann, wenn das Frühstück auf dem Tische steht. Sie greift selbst die größten Arbeiten im Hause und Garten an, kocht, bratet, fegt die Stuben, besorgt die Wäsche, gräbt, jätet, hackt das Raffeholz, damit das Töchterchen ja nicht rauhe Hände bekomme, sie minder fein erscheinen ließe. Durch falsche Mutterliebe lernt die Tochter alles das nicht, was sie einst als Hausfrau, Gehilfin des Mannes, als Herrin vom Hause kennen und verstehen sollte, und zu spät sieht sie ein: Meine Mutter hat mich wohl glücklich gemacht, sie hat es aber falsch angefangen, mich nicht zu dem angehalten und gelehrt, was ich jetzt brauche. Eine Mutter jedoch, welche von Allem oben gesagten das Gegentheil thut, erhält später von der Tochter gewiß den Nachruf: Ich danke es meiner Mutter noch im Grabe, daß sie mich zum Fleiß und zur Arbeit angehalten hat! — Ebenso ist es mit den erwachsenen Söhnen; der Vater kennt die Mühen und Anstrengungen seines Berufes. Er möchte den Sohn davor bewahren und bemüht sich, es dahin zu bringen, daß derselbe ruhiger und sicherer sein Brod verdiene und womöglich eine Stellung einnehme, die über seiner eigenen ist. Der Vater hat 3 Jahre als Soldat gedient, sein Sohn soll sich die Berechtigung zum Einjährigendienste auf einer höheren Schule erwerben. Gut, wenn der Sohn die Befähigung hat, die Berechtigung zu erlangen, in vielen Fällen reicht aber die eigene Kraft des jungen Mannes nicht aus und er muß endlich von der Schule abgehen, ohne das Ziel erreicht zu haben. Dabei ist die Zeit vergangen, in welcher andere junge Leute ein Handwerk, eine Kunst, den Handel, die Landwirthschaft, überhaupt das Lernen, womit sie sich ihr Brod verdienen können. Und wie dann, wenn er die gesuchte Berechtigung erhielt? Dann tritt er aus der höheren Schule aus, sein Wissen und Können hat noch keinen Abschluß. Er dient ein Jahr — was nun? Soll jetzt der junge Mann anfangen, zu lernen, nun erst